



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 29. März 1909

(Die Krisis im Bloc. Der Marineetat im Reichstage. Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien.)

Eine schlimme Krisis ist in unsrer innern Politik zum Ausbruch gekommen, eine Krisis, die in erster Reihe das Zustandekommen der Reichsfinanzreform auf das schwerste gefährdet. Am Mittwoch abend wurde bekannt, Herr v. Normann, der Führer der deutschkonservativen Fraktion im Reichstage, habe dem Führer der Nationalliberalen, dem Abgeordneten Bassermann, offiziell mitgeteilt, daß die Konservativen von der Notwendigkeit, die Finanzreform durchzuführen, durchdrungen seien, aber sich jetzt genötigt sähen, eine Mehrheit nach ihren Wünschen zu suchen. Herr v. Normann habe den bekannten Standpunkt der Konservativen noch einmal festgestellt, und als dann Herr Bassermann die Frage stellte, ob das eine Kündigung des Blocs bedeuten sollte, habe der konservative Führer ausweichend geantwortet, für „nationale“ Fragen könne der Bloc ja auch künftig beisammen bleiben. Es wurde dieser von nationalliberaler Seite ausgehenden Mitteilung noch hinzugefügt, die konservative Fraktion habe dem Zentrum und den Freisinnigen die gleiche Erklärung zugehen lassen. Den Anlaß zu diesem Bruch hatten die Kommissionsverhandlungen über die Branntweinsteuer gegeben; mit Hilfe von Zentrum, Polen und Wirtschaftlicher Vereinigung war es den Konservativen gelungen, für die ihnen genehmen Beschlüsse eine Mehrheit gegen die andern Parteien — Freikonservative, Nationalliberale, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und die Sozialdemokraten — zu finden.

Die Mitteilungen über die „Sprengung des Blocs“ riefen eine gewaltige Aufregung hervor, und mit Unruhe wartete man auf die ersten Äußerungen der konservativ-agrarischen Presse. Sie fielen recht kühl aus; man erklärte die „sensationselle“ Mitteilung für ein „Mißverständnis“, aber die Bemerkungen, die dieser Erklärung hinzugefügt wurden, bewiesen, daß damit nur die Form der Mitteilung gemeint war. Es wurde in Abrede gestellt, daß Herr v. Normann seine Äußerungen gegenüber den Führern der andern Blocparteien im offiziellen Auftrage der Fraktion getan und somit eine förmliche Kündigung der Beziehungen zum Bloc ausgesprochen habe. Was aber bei dieser Gelegenheit in der konservativen Presse zur Sache bemerkt wurde, war im Grunde viel schlimmer, als was Herr Bassermann der Presse übermitteln hatte. Denn es wurde dadurch bestätigt, daß die Konservativen in der Tat die Reichsfinanzreform nach ihren Parteiwünschen mit Hilfe des Zentrums durchzudrücken hoffen und damit auch den verbündeten Regierungen ihren Parteiwillen aufzwingen wollen.

Eine weitere Bestätigung dieses Standpunkts ergab sich aus den Ausführungen des offiziellen konservativen Parteiorgans, der konservativen Korrespondenz, die den intransigenten Standpunkt der Fraktion noch einmal festlegte. Dann wurde mit Bezug auf die Ziele der Fraktion trocken erklärt: „Sie kann diese Ziele auch nicht aufgeben, weil es einzelnen Teilen der Blocgemeinschaft nicht gefällt, ihnen Rechnung zu tragen, wenn jene Gemeinschaft nicht zu einer Gefährdung des öffentlichen Wohls und zu einer Entrechtung unsrer Partei führen soll.“ Das war also ein deutliches Non possumus, dem sich der weitere Hinweis anschloß, daß die Partei freie Hand haben müsse, unter allen zur Betätigung an einem großen nationalen Werke bereiten bürgerlichen Parteien zu wählen. Im Schlußsatz wurde als „der der Blocbildung seinerzeit zugrunde gelegte richtige Gedanke“ bezeichnet, daß die einseitige Vorherrschaft einer Partei — sei es früher des Zentrums, so jetzt der

Freisinnigen — verhütet werden und die nationalen Interessen unbedingt sichergestellt werden sollten. Daraufhin wurde die Meinung ausgesprochen, der Block könne auch weiter eine gesunde Wirksamkeit entfalten, da, „wo er hingehört“. Ob diese Ausführungen nun gerade so beruhigend wirken konnten, daß dem Ruffab der Konservativen Korrespondenz die Überschrift „Ruhig Blut!“ gegeben werden konnte, darf wohl mindestens als sehr zweifelhaft erscheinen.

Die Parteikorrespondenz gab ihre Ausführungen als eine Absage an die Liberalen; in Wahrheit war es eine Absage an die verbündeten Regierungen. Insofern kann man der Korrespondenz des Bundes der Landwirte wenigstens die Anerkennung der Offenheit nicht versagen, wenn sie schrieb, Fürst Bülow, der sich die Grabschrift eines agrarischen Reichskanzlers mit vollem Recht wünschen konnte, verdiene eine ganz andre Grabschrift, nämlich die folgende: „Es war dies ein Kanzler, welcher für die Sozialdemokratie die erste bahnbrechende Kerbe in die durch völkische Tradition geheiligten Bande engster Familiengemeinschaft im deutschen Bauernstande schlug!“ Das ist zwar demagogische Niedertracht in Reinkultur und durch nichts unterschieden von der sozialdemokratischen Heßmethode, aber es zeigt wenigstens, wohin der Stoß geführt wird. Es war von Wichtigkeit, daß gerade in diesem Augenblick über die Stellung der verbündeten Regierungen zu dem sogenannten Finanzkompromiß, dem die Kreuzzeitung bezeichnenderweise dieser Tage das Epitheton „berüchtigt“ gab, kein Zweifel gelassen wurde. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erschien eine halbamtliche Kundgebung, die wir ihrer Bedeutung wegen hier im Wortlaut wiedergeben möchten:

„Die Regierungen halten daran fest, daß der Bedarf an neuen Einnahmen nicht nur durch die Besteuerung von Genußmitteln, die dem Massenverbrauch unterliegen, sondern auch durch eine allgemeine Belastung des Besitzes aufgebracht werde. Sie lehnen es ab, diese Besitzbelastung in der Hauptsache durch Matrikularbeiträge oder sonst in einer Weise geschehen zu lassen, welche die für die eignen Aufgaben der Bundesstaaten unentbehrlichen Steuerquellen (Einkommensteuer, Vermögenssteuer) angreift. In der Erweiterung der Erbschaftsteuer erblicken sie nach wie vor die zweckmäßigste Form der Besitzbelastung. Sie vertrauen darauf, daß es gelingen wird, auf der Grundlage ihres Programms in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichstage der Finanznot des Reiches ohne Zeitverlust Abhilfe zu schaffen.“

Diese Erklärung vermeidet zwar jede unnötige Schroffheit gegenüber etwaigen Wünschen des Reichstags und öffnet jeder Verständigung das Tor, aber ihre völlige Unvereinbarkeit mit der parteioffiziösen Erklärung der Konservativen steht außer Zweifel. Denn diese legt „das Schwergewicht der aufzubringenden Steuern auf die indirekte Besteuerung“ und hält daneben „eine ergänzende Besteuerung des Besitzes“ allerdings für „zulässig“, aber eben nur für zulässig, und das mit dem ausdrücklichen Zusatz: „auf dem Wege durch die Einzelstaaten“. Mit andern Worten: die Besitzbelastung soll in der Hauptsache durch Matrikularbeiträge geschehen, und das ist gerade das, was die verbündeten Regierungen mit vollem Recht ablehnen. Und ferner bleiben die Konservativen bei einer ablehnenden Haltung hinsichtlich der Erbschaftsteuer.

Die außerordentliche Schwierigkeit, einen Ausweg aus dieser Krise zu finden, liegt auf der Hand, besonders weil die Dinge auf einen Punkt gekommen sind, wo das Aufeinanderplätzen der sachlichen Gegensätze auch die Leidenschaften erregt und die Gefahr hervorruft, daß die Möglichkeit der Verständigung auch da verbaut wird, wo sie jetzt noch besteht. Gefährdet ist durch die neueste Wendung nicht nur die Reichsfinanzreform, sondern auch die Blockpolitik im Allgemeinen. Über die Frage, wie weit sich das beides deckt, besteht schon die erste Meinungsverschiedenheit.

Die Konservativen meinen, der Block brauche nicht zugrunde zu gehn, wenn die Finanzreform ganz oder teilweise durch andre Kombinationen bürgerlicher Parteien zustande käme. Der Block soll die Vorherrschaft einer bestimmten Partei — früher des Zentrums, jetzt der Freisinnigen — verhindern und die Durchführung nationaler Aufgaben sicherstellen: das könne auch künftig noch geschehen. So ungefähr wurde die konservative Auffassung erläutert. Das hat die erregte Gegenfrage hervorgerufen, ob denn etwa die Reichsfinanzreform keine nationale Aufgabe sei. So ist die konservative Erklärung aber wohl nicht zu verstehen. Der Schwerpunkt liegt in dem Begriff der „Sicherstellung“. Die Konservativen meinen, wie es scheint, nationale Aufgaben könnten durch beliebige Mehrheiten der bürgerlichen Parteien gelöst werden; nur wenn sie gefährdet seien, dann sollten die Blockparteien die zuverlässige Phalanx bilden, die sich über die Durchführung zu einigen hätte. Damit steht auch im Zusammenhang, was über die Verhinderung der Vorherrschaft einer einzelnen Partei gesagt wird. Danach sieht man den Block überhaupt als eine bewegliche Kombination verschiedener, beliebiger bürgerlicher Parteien an, die verhindern soll, daß die Konservativen in irgendeiner Frage in die Minderheit geraten; denn das ist doch der Sinn der Sache mit etwas andern Worten ausgedrückt. Daß dies nicht etwa eine unberechtigte Umdeutung der konservativen Erklärung ist, wird man erkennen, wenn man sich klar macht, daß sich die Konservativen gegen die Vorherrschaft einer bestimmten Partei wohl schwerlich wehren würden, wenn diese Partei die konservative selbst wäre. Die Vorherrschaft anderer Parteien aber wird nur dann unbequem, wenn sie mit den Konservativen nicht in der Mehrheit zusammengehn.

Wir bezweifeln nun sehr, daß diese ganze Auffassung von der Blockpolitik die der Mehrheit der nationalen Wähler von 1907 gewesen ist. Kann man wirklich glauben, daß die Aussicht auf eine grundsatzlose Geschäftspolitik von Fall zu Fall mit wechselnden Mehrheiten innerhalb der bürgerlichen Parteien die Wähler bei den letzten Reichstagswahlen zu jenem deutlich erkennbaren und gar nicht zu bestreitenden Aufschwung vermocht hätte, der nicht nur die Kreise der urteilsfähigen Gebildeten, sondern auch die mehr ihrem Instinkte folgenden Massen der sich aus dem sozialdemokratischen Bann herausarbeitenden Männer aus dem Volke erfaßt hatte? Für das, was die Konservativen heute meinen, hätte sich vor zwei Jahren keine Hand gerührt. Das glauben wohl ein paar Parteiführer und Berufspolitiker, die in den Parteibureaus und in den Sitzungszimmern der Parlamente ihre Unfehlbarkeit bespiegeln lassen, und ganz verbissene, einseitige Parteimänner mit ihrer abhängigen Gefolgschaft sprechen es ihnen nach. Sonst glaubt es kein Mensch im Lande. Man wollte endlich aus der verbohrtten Parteiwirtschaft heraus und wollte an die Begriffsbestimmung „National“ einen andern Maßstab gelegt wissen. Nicht die zufällige Zustimmung zu einem als nützlich erkannten Gesetz sollte als nationale Betätigung gelten, sondern man fing an, zu fragen, ob die letzten Ziele einer Partei mit dem Wohle des Vaterlands verträglich seien. Und dabei kam man zu dem Schluß, daß Zentrum und Sozialdemokratie aus der Arbeit an nationalen Lebensfragen möglichst auszuschalten seien. Nicht als ob man daran zweifelte, daß die einzelnen Angehörigen dieser Parteien auf ihre Art ihr Vaterland ebenso liebten wie andre, oder glaubte, daß sie sich nicht in Einzelfällen auch gelegentlich nützlich betätigen könnten, sondern weil die Mehrheit der aus ihrer politischen lethargie aufgerüttelten unabhängigen Wähler von der Schädlichkeit ihrer letzten Ziele überzeugt war. Und eben weil die entscheidende Stimmung der Wähler gegen ganz bestimmte Parteien — als ihrem innern Wesen und ihren letzten Zielen nach antinationale — gerichtet war, wurden auch alle die mitgerissen, die für bestimmte Parteien niemals zu haben gewesen wären. Man erinnere sich doch nur, wie weite Kreise unsrer Gebildeten schon seit

Zahrzehnten von dem Ekel an dem Parteitreiben erfaßt sind, wie gerade die besten Elemente unsers Volkes bis zur Vernachlässigung ihrer Staatsbürgerpflichten gehn, weil sie von der Engherzigkeit, der Heuchelei, der rücksichtslosen Interessenwirtschaft, dem Herumreiten auf alten Vorurteilen und veralteten, längst überwundenen Ideen, der Unfähigkeit, sich neuen Bedürfnissen anzupassen — allen diesen Tugenden, die unsre Parteien kennzeichnen —, bis ins innerste Mark angewidert sind. Viele haben geglaubt, die alten Parteien ließen sich überhaupt vollständig beseitigen. Das ist nun freilich ein Irrtum, der auf einer Verkennung der eigentlichen Ursachen der Parteibildung und auf einer Unterschätzung der Macht des historisch gewordenen beruht. Aber es bleibt doch immer noch die Hoffnung auf eine großzügigere Entwicklung der Parteien, die die verschiedenen Grundanschauungen nicht aufhebt, aber sie in zweite Linie rückt gegenüber einer stärkeren Betonung der eintigenden Momente. Die Blockpolitik schien die erste Verwirklichung dieser Hoffnung zu sein; sie konnte die Parteien, ohne deren Wesen zu berühren, zu großen, überzeugungskräftigen Prinzipien, zu größerer Würdigung der gemeinsamen Bedürfnisse aller Volkskreise erziehen. Nicht ein nebelhaftes Zusammenwirken irgendwelcher Parteien in irgendeinem Einzelfalle war das Ziel und der Wunsch der Blockwähler, sondern die Abwehr bestimmter, als schädlich erkannter Richtungen und die Unterordnung der Parteien, die sich zu diesem Zwecke dauernd zusammenschließen mußten, unter größere und weitere Gesichtspunkte, als sie bisher der Parteipolitik zugrunde gelegt worden waren. Jetzt wird uns nun durch die Konservativen der Beweis geliefert, daß nach zwei Jahren, in denen verheißungsvolle Anfänge der Entwicklung der alten Parteien zu neuem, fruchtbarem Leben begrüßt werden konnten, zu dem öden und blöden Parteijammer der frühern Zeiten zurückgekehrt werden soll. Nichts gelernt und nichts vergessen! das scheint das Kennzeichen unsrer Reichstagsfraktionen zu sein.

Man braucht sich die Lage nur genau zu vergegenwärtigen, um die Angehenlichkeit der Anschauung zu erkennen, daß es gleichgültig sei, von welchen Parteien die Reichsfinanzreform gemacht werde. Wer überhaupt aus dem alles verderbenden alten Parteigeist heraus will, für den ist die Blockpolitik etwas andres, als was sie nach der konservativen Erklärung sein soll; sie ist für ihn die Voraussetzung politischer Gesundung. Wer aber die Blockpolitik will, der muß auch wollen, daß ein großes gesetzgeberisches Werk, das eine Lebensfrage der deutschen Nation ist, nicht unter Umgehung dieser Politik mit Hilfe einer Partei zustande kommt, die in eben den Wahlen, denen der jetzige Reichstag seine Zusammensetzung verdankt, als der nationale Feind bezeichnet und erkannt wurde. Das alles liegt auf der Hand, und wenn nun die Lage einem einseitigen Fraktionsinteresse zuliebe umgedeutet werden soll, so müssen das alle die, die der Wahl des jetzigen Reichstags eigentlich die Richtung gegeben haben, geradezu als eine Verhöhnung auffassen. Jetzt ist vor allem zu wünschen, daß überall eine eifrige Agitationstätigkeit entfaltet wird, die den Wählern zum Bewußtsein bringt, was auf dem Spiele steht, jodaß auch die Abgeordneten erkennen, wohin sie ihre Fraktionspolitik geführt hat.

Vor einem Fehler muß man sich freilich dabei hüten, daß nämlich die ganze Erörterung darin stecken bleibt, daß sich die bisherigen Blockparteien gegenseitig die Schuld an der verfahrenen Lage zuschieben. Wir bekämpfen den Standpunkt der konservativen Fraktion, die durch ihre Unterwerfung unter die Fuchtel des Bundes der Landwirte und durch ihre ganze Auffassung von der Blockpolitik die jetzige Schwierigkeit unmittelbar veranlaßt hat. Aber der allein Schuldige ist sie nicht. Wahrscheinlich wäre das alles nicht so weit gekommen, wenn die Nationalliberalen von Anfang an die Bedeutung ihrer Stellung besser begriffen und nicht durch ihr Schielen nach dem Wohlwollen der Agrarier, durch ihr hilfloses Schwanken zwischen halber Opposition und halber Zustimmung, durch ihre zweideutige Stellung zur

Nachlasssteuer und ihr unüberlegtes Festhalten an der Reichsvermögenssteuer alles verdorben hätten, anstatt entschlossen auf der Grundlage des Regierungsentwurfs — natürlich unter Vorbehalt der Entscheidung in Einzelheiten — die Führung zu übernehmen und innerhalb des Blocks der wirklich ehrliche Mäxler zu sein.

Den Freisinnigen gebührt in dieser Frage immerhin der Ruhm, wirkliche Opfer an alten, überlebten, auf den vorliegenden Fall nicht passenden Prinzipien gebracht zu haben. Sie haben wenigstens redliche Anläufe genommen, allerlei unnützen Kram aus der Parteirumpelkammer auszuräumen. Aber die Art, wie sie die Steuerentwürfe der Regierung im einzelnen behandelt haben, bürdet ihnen ebenfalls einen erheblichen Teil der Schuld an der Verwirrung auf. Gerade weil wir die Konservativen scharf tadeln müssen, dürfen wir auch nicht verschweigen, daß die Behauptungen freisinniger Zeitungen über die Behandlung der Branntweinsteuer durchaus irreführend sind. Wenn es den Liberalen so sehr darauf ankam, die sogenannte Liebesgabe zu beseitigen, so konnten sie gerechterweise die Vorlage der Regierung über die Monopolisierung des Zwischenhandels ruhig annehmen, die tatsächlich allen Seiten gerecht wurde. Wenn sie auf der Aufrechterhaltung der Verbrauchssteuer bestanden, so durften sie sich nicht wundern, daß die starke Vertretung landwirtschaftlicher Interessen, für die die Aufrechterhaltung der Kontingentierung eine Lebensfrage ist, alles daran setzte, um gegenüber der starken Erhöhung der Steuer zu retten, was zu retten war. Hierin nur unberechtigten Eigennutz zu sehen, ist nicht gerechtfertigt. Es stimmt doch nicht ganz, auf der einen Seite nur Egoismus, auf der andern nur opferbereiten Edelmut zu sehen. Soll doch noch etwas vernünftiges zustandekommen, so wird man sich vor Augen halten müssen, daß es bei der sachlichen Prüfung der Einzelfragen für jede Partei ohne Ausnahme Punkte gibt, an denen sich ihr Eigensinn die Zähne ausbeißen kann, wo also dem gegenseitigen Nachgeben noch ein weiter Spielraum gelassen ist.

Eine erfreuliche Erscheinung ist wenigstens aus den Reichstagsverhandlungen der letzten Woche zu verzeichnen. Der Reichstag erteilte auf den Lärm, der im englischen Unterhause wegen der Flottenfrage vollführt wurde, die einzig richtige Antwort, indem er den Titel des Marineetat — es ist der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“, an den in der Regel eine Generaldebatte über die zu entscheidenden Fragen des Ressorts geknüpft wird — und ebenso auch alle mit der Durchführung des Flottengesetzes zusammenhängenden Titel ohne Debatte annahm. Das war würdig und deutlich ohne Herausforderung. Und es war um so erfreulicher, als die Budgetkommission kurz vorher Spuren von Nervosität gezeigt und den Staatssekretär von Schoen zu einer recht überflüssigen Erklärung über die diplomatischen Vorgänge zwischen England und Deutschland bezüglich der Flottenfrage veranlaßt hatte.

Die auswärtige Lage hat sich nun kurz vor Toresschluß zum Frieden gewandt. Zunächst hatte England erkannt, daß es die Dinge so nicht weitergehen lassen konnte, ohne daß Rußland einen Rückzug anzutreten gezwungen war, der nicht zum Vorteil der Triple-Entente reichen konnte. Sir Edward Grey bemühte sich nun auf das eifrigste, mit Baron Aehrenthal eine Formel zu vereinbaren, die von den Mächten Serbien als Wortlaut einer nach Wien zu richtenden Note empfohlen werden sollte. Diese Bemühungen schienen anfangs nicht zum Ziele zu führen, bis Baron Aehrenthal selbst eine Formel vorschlug, die nach einigem Zögern von Sir Edward Grey angenommen wurde. Schon einige Zeit vorher hatte die deutsche Regierung bei der russischen in Petersburg angeregt, ob nicht die Mitteilung Österreich-Ungarns über den Abschluß des Abkommens mit der Türkei zum Anlaß genommen werden könnte, um in einer Antwort darauf die Annexion Bosniens als vollendete Tatsache anzuerkennen. Damit wurde eine Form gefunden, die als goldne Brücke für den Rückzug Iswolskis dienen konnte.

Eine Zeit lang schien es, als ob Rußland, das sich im Prinzip schon freundlich über diesen Vorschlag ausgesprochen hatte, noch abwarten wollte, wie sich die andern Mächte der Triple-Entente verhalten würden. Aber Englands Anstrengungen in Wien und die Erkenntnis, daß ferneres Zögern die Sache nur erst recht zu einem Triumph der Dreibundmächte gestalten müsse, beseitigten das letzte Schwanken. Rußland erkannte also die Annexion Bosniens an, und nun brach auch das Gebäude der serbischen Hoffnungen endgiltig zusammen. Der Weg zum Frieden wurde frei. Jetzt werden die Mächte gemeinschaftlich — natürlich mit Ausnahme Österreich-Ungarns — in Belgrad Vorstellungen erheben und jene Note vorschlagen, die Serbien nach Wien richten soll. Da Österreich-Ungarn sich schon vorher damit einverstanden erklärt hat, so ist der Konflikt tatsächlich beigelegt. Dadurch ist ein eigentümliches Zwischenpiel bedeutungslos geworden, das sich an die russische Anerkennung der Annexion Bosniens angeschlossen. England und Frankreich machten nämlich Schwierigkeiten, diese Anerkennung auch ihrerseits sogleich auszusprechen. Aber diese Bedenken haben keine Folgen gehabt und können nach dem jetzigen Stande der Dinge schon als abgetan gelten. Der Zusammenbruch der serbischen Kriegspartei wird auch durch die Verzichtleistung des serbischen Kronprinzen auf die Thronfolge gekennzeichnet. Man darf diesen Akt nicht überschätzen, aber ein Symptom ist er jedenfalls, sei es, daß sich die Kriegspartei wirklich vorläufig als überwunden betrachtet, sei es, daß der Wortführer des Kriegslärms verschwinden will, um später sagen zu können, daß er die nationale Demütigung nicht mitgemacht habe. Wie sich die Sache auch verhalten mag, die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen scheint zurzeit einmal wieder beseitigt.

Schaffen und Schauen. Ein Führer ins Leben. Berlin und Leipzig, B. G. Teubner, 1909. 2 Bände. Ein inhaltreiches Buch! Es spricht, um nur einiges herauszugreifen, im ersten Bande („Von deutscher Art und Arbeit“) vom deutschen Land, Volk und Reich, von Volkswirtschaft und Staat, von den verschiedenen Berufsarten; im zweiten („Des Menschen Sein und Werden“) von des Menschen Entstehung, Körper und Seele, von geistiger Kultur, Wissenschaft und Kunst, Religion und Lebensführung. Diese Vielseitigkeit aber ist nicht Oberflächlichkeit; das Buch, weit entfernt, ein Nachschlagebuch des gesamten Wissens oder dessen, was heute zur Bildung gehört, zu sein, will uns vielmehr in das innere Wesen der Dinge hineinschauen lassen, uns vor allem die Ursachen und Zusammenhänge aufzeigen. So sehen wir die Wirkung der Landschaft auf die politische Gestaltung, die Grundlagen des Deutschen Reiches, die Entwicklung von Technik, Handel, Presse usw.; hören von den ersten Anfängen des Menschen, von seiner Stellung zur Natur und von der Entwicklung seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten. Im Kapitel über geistige Kultur wird erwiesen, daß alles, was wir heute als wahre Kultur bezeichnen, auf den drei Säulen Antike, Christentum und Volkstum ruht. Ein andres, genußreiches Kapitel führt uns durch die ganze Entwicklung der Kunst hindurch, von ihrem ersten Ausdruck in den Liedern der Wilden und ihrer Freude an Schmuck und schönen Waffen bis zur neunten Symphonie Beethovens und den Tondramen Wagners und bis zu den Bildern eines Dürer, Thoma und Böcklin. In diesem Zusammenhang aber wird zugleich mit dem Leser eindringlich geredet über die Mißstände und Unschönheiten unsrer heutigen Haus- und Zimmereinrichtungen, wo alles mehr auf Schein und Prunk als auf geschmackvolle Einfachheit und Zweckmäßigkeit hinzielt. Zur Kunst rechnet der Verfasser auch die Pflege einer harmonischen Ausbildung des Körpers, eine gute Sprechweise und, nicht zum mindesten, die Gestaltung der Kleidung nach zweckmäßigen und ästhetischen Grundsätzen. Gegenüber dem hohlen Zeremoniell, das jetzt so oft — selbst im Familienleben — Platz greift und der Tod alles wahren innern

Lebens ist, wird in dem Kapitel „Lebensführung“ eine Vereinfachung und Verinnerlichung im Verkehr mit dem Nächsten erstrebt. So steht das ganze Buch unter dem Zeichen der echten Kultur, was unter anderm auch aus der Wertschätzung des „Kunstwarts“, der Schriften Naumanns und der Betonung der Körperpflege in der Schule gegenüber der einseitig geistigen Arbeit hervorgeht.

Eine Reihe von Gelehrten hat miteinander dieses Buch geschaffen, aber es ist ihnen gelungen, alle Beiträge auf einen Ton zu stimmen. Das Ganze ist geschrieben in der Nachfolge und im Sinne Goethes, dessen Türmerlied auch das Leitwort des zweiten Teils geworden ist, und wer immer eine Freude an kernhaften Sprüchen hat, der findet eine reiche Auswahl des Wertvollsten aus den Werken eines Goethe, Luther, Schleiermacher, Kant, Fichte u. a. m.

„Schaffen und Schauen“ heißt das Buch: es will uns schauen lehren die Größe der Natur und des schaffenden Menschengestes, und zum fröhlichen Schaffen selbst will es uns anleiten; „ein Führer ins Leben“ will es sein. Sein Endzweck ist, alles in allem genommen, die Persönlichkeits- und Charakterbildung.

Die Ausstattung des Werkes ist, wie sich beim Teubnerschen Verlag von selbst versteht, musterhaft und von geschmackvoller Eigenart.

So wird das Buch der heranwachsenden Jugend ein lieber Freund und treuer Berater sein. Möchten sich recht viele von ihm leiten lassen! x.

Herbstblätter. Hans Thoma, der badische Maler und deutsche Meister, der jetzt im siebzigsten Jahre steht, hat in dem letztvergangnen Jahrzehnt öfter auch schriftstellerisch und als Redner das Wort ergriffen. Der Verlag der Süddeutschen Monatshefte (München) gibt diese Gedankenschnitzereien, Gemütsstrahlen und Erinnerungsbänder des Künstlers jetzt gesammelt heraus unter dem Titel „Im Herbst des Lebens“. Das ist ein ganz selten liebes, verständiges, treues Buch geworden: weite, frohe Weltansicht und inniges Hasten am Rechten sind darin ebenso persönlich verbunden wie in Thomas Bildern. Den gewandten Literaten mag einiges etwas linksch annuten — wie vielleicht auch wieder manchmal auf einem Bilde Thomas —, dafür steht Thoma eine so urwüchsige Redeweise zu Gebote, eine manchmal an Lessing erinnernde Gedankenschärfe und so viel Schalkhaftigkeit und Güte, daß Mann und Weib, alte und jüngere, an seinen Worten hängen. Eine feine Natur, die ihre Reaktionen auf das Leben gewissenstreu beobachtet und verwaltet, spricht zu uns, ein Geist, der die Schwierigkeiten der Umwelt in einfache Bilder fassen und sie dadurch innerlich überwinden gelernt hat, nicht ohne teutonischen Grimm und Wiß, aber vor allem mit der reifen Milde eines guten Christenherzens. Das Buch besteht aus vier Teilen: Selbstbiographischem, Kunstbekenntnissen, Reden und schließlich Aphoristischem, wozu wir die etwas langschneidenden Verse mit rechnen wollen. Es ist viel hübscher, als der Leser aus dieser Anzeige erraten kann; Thoma hat ihm auch einige sinnvolle Zeichnungen mitgegeben. Es kostet 5 Mark.

Von seinem ersten römischen Aufenthalt erzählt Thoma unter anderm: „Ein deutscher Maler, mit dem ich oft verkehrte, war H. Ludwig, der sich in sehr beachtenswerter Weise mit der Theorie und Praxis der Malerei beschäftigte, der auch den Traktat des Leonardo da Vinci übersetzt hat. Es war einer von denen, bei dem man was lernen konnte — und besonders angesichts der guten alten Bilder klärten mich seine Bestrebungen über viel Technisches auf.“ Von diesem Heinrich Ludwig hat der Verlag von F. H. Ed. Feiß (Straßburg) kürzlich „Schriften zur Kunst und Kunstwissenschaft“ aus dem Nachlaß herausgegeben, als 80. Heft der Studien zur deutschen Kunstgeschichte. R. W.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig